

PRESSEKONFERENZ am 8. September 2011

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch Kommissar Rehn teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die Inflation liegt weiterhin auf einem erhöhten Niveau und dürfte in den kommenden Monaten über der 2 %-Marke bleiben, bevor sie im nächsten Jahr zurückgehen dürfte. Gleichzeitig ist die Grunddynamik der monetären Expansion nach wie vor moderat, während weiter reichlich monetäre Liquidität vorhanden ist. Wie erwartet hat sich das Wirtschaftswachstum im Euro-Währungsgebiet im zweiten Quartal abgeschwächt, nachdem es im ersten Quartal kräftig zugelegt hatte. Mit Blick auf die Zukunft rechnen wir mit einem moderaten Wachstum der Wirtschaft im Euroraum, wobei diesbezüglich besonders hohe Unsicherheit herrscht und verstärkte Abwärtsrisiken bestehen. Zugleich sind die kurzfristigen Zinsen niedrig. Zwar ist unser geldpolitischer Kurs weiterhin akkommodierend, jedoch haben sich einige Finanzierungsbedingungen verschärft. Es ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung, dass sich die Geldpolitik auf ihre Verpflichtung konzentriert, auf mittlere Sicht Preisstabilität zu gewährleisten und dadurch sicherzustellen, dass die jüngste Preisentwicklung keinen breit angelegten Inflationsdruck zur Folge hat. In nächster Zeit ist eine sehr genaue Analyse aller eingehenden Daten und Entwicklungen angebracht. Die Inflationserwartungen im Eurogebiet müssen fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Diese Verankerung der Inflationserwartungen ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Geldpolitik ihren Beitrag zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von

Arbeitsplätzen im Euroraum leisten kann. Wir werden auch künftig alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Die Liquiditätsversorgung und die Zuteilungsart bei den Refinanzierungsgeschäften werden weiterhin sicherstellen, dass die Banken im Euro-Währungsgebiet keinen liquiditätsseitigen Beschränkungen unterliegen. Alle während der akuten Finanzmarktspannungen ergriffenen Sondermaßnahmen sind entsprechend ihrer Ausgestaltung vorübergehender Natur.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Das vierteljährliche Wachstum des realen BIP im Euro-Währungsgebiet schwächte sich im zweiten Quartal 2011 auf 0,2 % ab, verglichen mit 0,8 % im ersten Quartal. Wie erwartet ließ der Einfluss der temporären Faktoren, die das Wachstum zu Beginn des Jahres angetrieben hatten, nach, und das Erdbeben in Japan sowie das verzögerte Durchwirken vergangener Ölpreiserhöhungen schlugen sich negativ nieder. Was die weitere Entwicklung betrifft, scheint die konjunkturelle Grunddynamik im Eurogebiet durch eine Reihe von Faktoren gedämpft zu werden, unter anderem durch eine Abschwächung des globalen Wirtschaftswachstums, damit zusammenhängende Kursverluste an den Aktienmärkten und Einbußen beim Unternehmerv Vertrauen sowie ungünstige Auswirkungen der anhaltenden Spannungen an einigen Staatsanleihemärkten im Euroraum. Daher dürfte sich das Wachstum des realen BIP in der zweiten Jahreshälfte nur sehr moderat erhöhen. Gleichzeitig gehen wir nach wie vor davon aus, dass die Konjunktur im Euro-Währungsgebiet vom anhaltenden Wachstum der Weltwirtschaft sowie dem akkommodierenden geldpolitischen Kurs und den verschiedenen Maßnahmen zur Unterstützung der Funktionsfähigkeit des Finanzsektors profitiert.

Diese Einschätzung kommt auch in den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom September 2011 zum Ausdruck. Den dort enthaltenen Berechnungen zufolge wird das Jahreswachstum des realen BIP im Jahr 2011 zwischen 1,4 % und 1,8 % sowie 2012 zwischen 0,4 % und 2,2 % betragen. Im Vergleich zu den im Juni 2011 von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen wurden die für das Wachstum des realen BIP in den Jahren 2011 und 2012 projizierten Bandbreiten nach unten korrigiert.

Nach Auffassung des EZB-Rats sind die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Euro-Währungsgebiet in einem von besonders hoher Unsicherheit geprägten Umfeld nach unten gerichtet. Abwärtsrisiken erwachsen vorrangig aus den anhaltenden Spannungen in einigen Finanzmarktsegmenten des Euroraums und weltweit sowie aus einem möglichen Übergreifen des daraus resultierenden Drucks auf die Realwirtschaft im Eurogebiet. Sie ergeben sich auch aus einem weiteren Anstieg der Energiepreise, aus Protektionismusbestrebungen und aus der Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so lag die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für den Euroraum der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im August wie bereits im Vormonat bei 2,5 %. Seit Ende des vergangenen Jahres sind relativ hohe Preissteigerungsraten zu verzeichnen, die vor allem eine Folge der Verteuerung von Energie und sonstigen Rohstoffen sind. Mit Blick auf die Zukunft dürfte die Inflationsrate auch in den kommenden Monaten deutlich über 2 % liegen. Anschließend dürfte sie, abgeleitet aus der Preisentwicklung an den Terminmärkten für Öl, im Jahr 2012 unter 2 % fallen. Darin schlägt sich die Erwartung einer relativ stabilen Entwicklung des Lohnwachstums angesichts eines moderaten Wirtschaftswachstums nieder.

Die Experten der EZB haben diese Überlegungen in ihren gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom September 2011 berücksichtigt und erwarten gemessen am HVPI eine jährliche Inflation von 2,5 % bis 2,7 % für das laufende Jahr und von 1,2 % bis 2,2 % für 2012. Verglichen mit den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Juni 2011 bleibt die Bandbreite für die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI im Jahr 2011 unverändert und hat sich für 2012 geringfügig verkleinert. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die von Experten erstellten Projektionen von einer Reihe rein technischer Annahmen abhängen.

Der EZB-Rat ist der Auffassung, dass die Risiken in Bezug auf die mittelfristigen Aussichten für die Preisentwicklung weitgehend ausgewogen sind. Aufwärtsrisiken bestehen in erster Linie im Zusammenhang mit der Möglichkeit höher als erwartet ausfallender Preissteigerungen bei Öl und sonstigen Rohstoffen sowie Erhöhungen der indirekten Steuern und administrierten Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung. Abwärtsrisiken ergeben sich vor allem aus den Auswirkungen eines schwächer als erwartet ausfallenden Wachstums im Eurogebiet und in der übrigen Welt.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so stieg die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 von 1,9 % im Juni auf 2,0 % im Juli 2011. Die jährliche Zuwachsrate der Buchkredite an den privaten Sektor betrug im Juli 2,4 % nach 2,5 % im Juni. Lässt man diese Monatswerte und die Auswirkungen von Sonderfaktoren außer Acht, so hat sich die Entwicklung des Wachstums der weit gefassten Geldmenge und der Kreditvergabe in den letzten Monaten weitgehend stabilisiert. Insgesamt bleibt die Grunddynamik der monetären Expansion moderat. Zugleich ist weiterhin reichlich monetäre Liquidität vorhanden, die vor der Phase der Finanzmarktspannungen aufgebaut wurde.

Bei der Betrachtung der M3-Komponenten ist festzustellen, dass die Zwölfmonatsrate von M1 im Juli auf 0,9 % sank, während sich das Wachstum der sonstigen kurzfristigen Einlagen unverändert auf 3,7 % belief. Diese Entwicklung ist nach wie vor zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Verzinsung kurzfristiger Termin- und Spareinlagen in den vergangenen Monaten allmählich angestiegen ist. Was die Gegenposten von M3 anbelangt, so beschleunigte sich das jährliche Wachstum der Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften erneut leicht, und zwar von 1,5 % im Juni auf 1,6 % im Juli, während sich die Jahreswachstumsrate der Kredite an private Haushalte bei rund 3 % stabilisiert zu haben scheint.

Die Bilanzsummen der monetären Finanzinstitute haben sich in den letzten Monaten insgesamt kaum verändert. Sofern adäquate Bedingungen für eine Ausweitung der Kreditgewährung an den privaten Sektor geschaffen werden müssen, ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die Banken – entsprechend den Ergebnissen der jüngsten Stresstests – Gewinne einbehalten, zur weiteren Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis auf den Markt zurückgreifen oder die staatlichen Hilfsmaßnahmen zur Rekapitalisierung voll ausschöpfen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der EZB-Rat auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse beschlossen hat, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Die Inflation liegt weiterhin auf einem erhöhten Niveau und dürfte in den kommenden Monaten über der 2 %-Marke bleiben, bevor sie im nächsten Jahr zurückgehen dürfte. Die **Gegenprüfung** anhand der Informationen der monetären Analyse bestätigt, dass die Grunddynamik der monetären Expansion nach wie vor moderat ist, während weiterhin reichlich

monetäre Liquidität vorhanden ist. Wie erwartet hat sich das Wirtschaftswachstum im Euro-Währungsgebiet im zweiten Quartal abgeschwächt, nachdem es im ersten Quartal kräftig zugelegt hatte. Mit Blick auf die Zukunft rechnen wir mit einem moderaten Wachstum der Wirtschaft im Euroraum, wobei diesbezüglich besonders hohe Unsicherheit herrscht und verstärkte Abwärtsrisiken bestehen. Zugleich sind die kurzfristigen Zinsen niedrig. Zwar ist unser geldpolitischer Kurs weiterhin akkommodierend, jedoch haben sich einige Finanzierungsbedingungen verschärft. Es ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung, dass sich die Geldpolitik auf ihre Verpflichtung konzentriert, auf mittlere Sicht Preisstabilität zu gewährleisten und dadurch sicherzustellen, dass die jüngste Preisentwicklung keinen breit angelegten Inflationsdruck zur Folge hat. In nächster Zeit ist eine sehr genaue Analyse aller eingehenden Daten und Entwicklungen angebracht. Die Inflationserwartungen im Eurogebiet müssen fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Diese Verankerung der Inflationserwartungen ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Geldpolitik ihren Beitrag zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Euroraum leisten kann. Wir werden auch künftig alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Was die **Finanzpolitik** angeht, so haben eine Reihe von Regierungen zusätzliche Maßnahmen angekündigt, um die Erreichung ihrer Konsolidierungsziele sicherzustellen und die Rechtsgrundlage für nationale Fiskalregeln zu stärken. Um die Glaubwürdigkeit zu gewährleisten, kommt es nun entscheidend darauf an, dass die angekündigten Maßnahmen vorgezogen und vollständig umgesetzt werden. Die Regierungen müssen bereitstehen, weitere Konsolidierungsmaßnahmen insbesondere auf der Ausgabenseite umzusetzen, falls Risiken im Hinblick auf die Erreichung der aktuellen haushaltspolitischen Ziele auftreten. Länder, deren wirtschaftliche und fiskalische Entwicklungen die Erwartungen übertreffen, sollten diesen Spielraum in vollem Umfang dazu nutzen, die Staatsschulden und Haushaltsdefizite schneller abzubauen. Alle Regierungen des Euroraums müssen ihre unumstößliche Entschlossenheit demonstrieren, die von ihnen selbst begebenen Anleihen vollständig zu bedienen. Dies ist ein wesentliches Element, um die Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet insgesamt zu gewährleisten.

Zur Stärkung des Vertrauens, der Wachstumsaussichten und der Schaffung von Arbeitsplätzen müssen Haushaltskonsolidierung und strukturelle Reformen Hand in Hand gehen. Deshalb fordert der EZB-Rat alle Regierungen des Euroraums nachdrücklich auf, substanzielle und umfassende

Strukturreformen entschlossen und rasch umzusetzen. Dadurch können die Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern, die Flexibilität ihrer Volkswirtschaft erhöhen und ihr längerfristiges Wachstumspotenzial verbessern. Von entscheidender Bedeutung sind diesbezüglich Arbeitsmarktreformen, welche die Beseitigung von Arbeitsmarktrigiditäten und die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lohnflexibilität zum Ziel haben. Anzustreben ist hier vor allem eine Abschaffung der automatischen Lohnindexierungsklauseln und eine Stärkung der Tarifverträge auf Firmenebene, sodass die Löhne und Gehälter sowie die Arbeitsbedingungen auf die speziellen Bedürfnisse der Unternehmen abgestimmt werden können. Diese Maßnahmen sollten mit strukturellen Reformen einhergehen, welche den Wettbewerb an den Gütermärkten (insbesondere bei den Dienstleistungen) erhöhen und auch eine Liberalisierung der zugangsbeschränkten Berufe mit einbeziehen. In Betracht gezogen werden sollte gegebenenfalls auch die Privatisierung von Dienstleistungen, die derzeit vom öffentlichen Sektor erbracht werden. Hierdurch könnten das Produktivitätswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Direktion Kommunikation

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.